Dekret über das Schiedsgericht in der Kranken- und Unfallversicherung¹⁾

vom 29. Januar 1968

Der Grosse Rat des Kantons Schaffhausen,

¹⁾ in Ausführung von Art. 89 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (KVG)²⁾, Art. 57 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung vom 20. März 1981 (UVG)³⁾ sowie Art. 3 Abs. 1 des kantonalen Krankenversicherungsgesetzes vom 19. Dezember 1994⁴⁾,

beschliesst:

§ 1⁵⁾

¹ Streitigkeiten gemäss Art. 89 KVG und Art. 57 UVG werden durch ein kantonales Schiedsgericht entschieden.¹⁾

² Das Schiedsgericht besteht aus einem Mitglied des Obergerichts als Vorsitzendem und zwei von ihm von Fall zu Fall bezeichneten Schiedsrichtern.

³ Die Kanzleigeschäfte besorgt die Obergerichtskanzlei.

§ 1a⁵⁾

¹ Das Obergericht übt die Aufsicht über das Schiedsgericht aus.

² Es entscheidet in Dreierbesetzung über Beschwerden wegen Verweigerung oder Verzögerung der Rechtspflege sowie über streitige Ablehnungsbegehren.

§ 2⁵⁾

Begehren um Durchführung des Vermittlungs- und Schiedsverfahrens sind von der Klagepartei beim Obergericht einzureichen. Die Eingabe hat in einem kurzgefassten Antrag über die Klagebegehren Aufschluss zu geben.

§ 3¹⁾

Der für den Vorsitz bestimmte Oberrichter unternimmt zunächst einen Vermittlungsversuch, soweit dies aufgrund des Bundesrechts nötig oder sinnvoll erscheint.

§ 4⁵⁾

¹ Ist ein allfälliges Vermittlungsverfahren erfolglos geblieben, so setzt der Vorsitzende den Parteien Frist zur Einreichung von Vorschlägen für die Bestellung des Schiedsgerichtes; er ist an die Vorschläge nicht gebunden.¹⁾

² Der Vorsitzende gibt den Parteien die bezeichneten Schiedsrichter bekannt.

§ 5

¹ Schiedsrichter erhalten die für Ersatzrichter des Obergerichtes festgesetzten Entschädigungen. Allfällige Barauslagen werden zusätzlich vergütet.⁵⁾

² Die im Vermittlungs- und Schiedsverfahren entstandenen Kosten werden den Parteien auferlegt mit Ausnahme der Entschädigung an die Schiedsrichter.

§ 6⁵⁾

¹ Das Verfahren vor Schiedsgericht ist in der Regel schriftlich. Der Vorsitzende kann auf Antrag einer Partei oder von Amtes wegen eine mündliche Verhandlung anordnen.¹⁾

² Die Entscheide sind den Parteien und dem Bundesamt für Sozialversicherung innert 30 Tagen nach der Ausfällung schriftlich mit Begründung und einer Rechtsmittelbelehrung zu eröffnen.

§ 7

¹ Gegen Entscheide des Schiedsgerichtes ist ausser der Beschwerde an das Eidgenössische Versicherungsgericht nur das Rechtsmittel der Revision zulässig, und zwar

- a) wenn der Revisionskläger neue, erhebliche Tatsachen und Beweise beibringt, die er früher trotz Anwendung der erforderlichen Sorgfalt nicht kennen konnte und die einen für ihn günstigeren Entscheid zur Folge haben;
- b) wenn durch Verbrechen oder Vergehen auf das Urteil eingewirkt worden ist.

² Das Revisionsgesuch ist dem Obergericht einzureichen. Danach ist das Schiedsgericht wieder zu bilden. [6\)](#)

§ 8 [5\)](#)

Im übrigen finden die Bestimmungen über das verwaltungsgerichtliche Verfahren gemäss dem Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Art. 38-50) [6\)](#) entsprechende Anwendung, soweit sich nicht aus dem Bundesrecht Abweichungen ergeben.

§ 9

¹ Dieses Dekret tritt nach Genehmigung durch den Bundesrat mit der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft [7\)](#) und ist in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

² Das Dekret ersetzt die Verordnung des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen betreffend das Schiedsgericht zur Erledigung von Streitigkeiten zwischen Krankenkassen oder der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt einerseits und Ärzten oder Apothekern andererseits vom 31. Mai 1916.

Vom Bundesrat genehmigt am 19. April 1968.

Fussnoten:

Amtsblatt 1968, S. 554; Rechtsbuch 1964, Nr. 365

- 1) Fassung gemäss GRB vom 10. Juni 1996, in Kraft getreten auf den 1. Januar 1996 (Amtsblatt 1996, S. 793).
- 2) SR 832.10.
- 3) SR 832.20.
- 4) SHR 832.100.
- 5) Fassung gemäss GRB vom 11. Mai 1987, in Kraft getreten am 15. Mai 1987 (Amtsblatt 1987, S. 439).
- 6) SHR 172.200.
- 7) In Kraft getreten am 10. Mai 1968 (Amtsblatt 1968, S. 554).